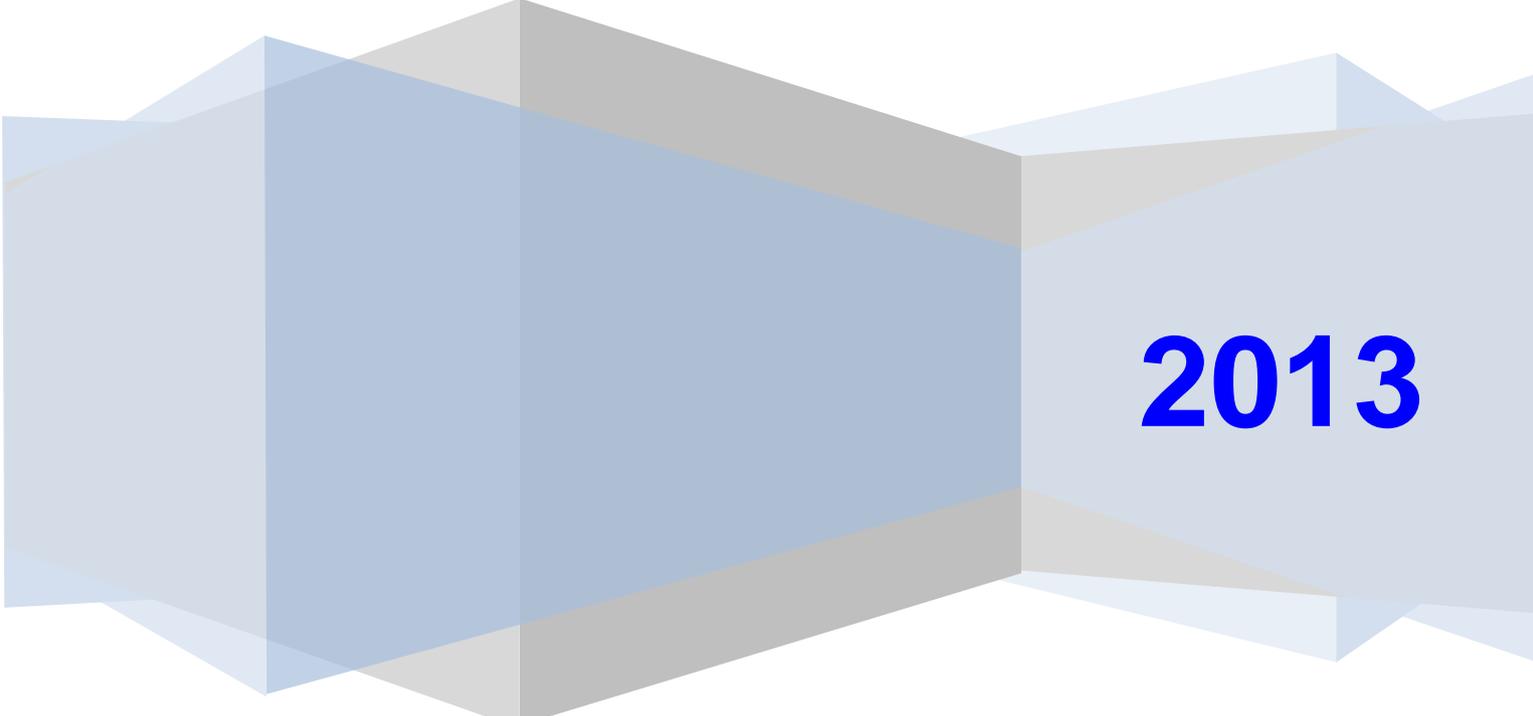


PHILIPS

Geschäftsbericht

Philips Pensionskasse (VVG)



2013

Philips Pensionskasse (VVG)
Lübeckertordamm 1 - 3
20099 Hamburg

Geschäftsbericht 2013

Inhalt

	<u>Seite</u>
Lagebericht _____	1
Bewegung des Bestandes an Pensionsversicherungen _____	9
Bilanz _____	10
Gewinn- und Verlustrechnung _____	12
Anhang _____	14
Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden _____	14
Erläuterungen zur Bilanz _____	15
Entwicklung der Aktivposten _____	16
Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung _____	19
Beteiligungsverhältnisse zum Bilanzstichtag gem. § 285 Nr. 11 HGB _____	19
Sonstige Angaben _____	19
Aufsichtsrat und Vorstand _____	20
Bericht des Aufsichtsrates _____	21
Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers _____	22

Lagebericht

Der Jahresabschluss und der Lagebericht wurden entsprechend den Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB), des Versicherungsaufsichtsgesetzes (VAG) und der Verordnung über die Rechnungslegung von Versicherungsunternehmen (RechVersV) aufgestellt.

Rechtliches

Die Philips Pensionskasse (VVaG) - im folgenden "Pensionskasse" genannt - ist ein "kleinerer Versicherungsverein" im Sinne des § 53 VAG und gilt mit Genehmigung der Aufsichtsbehörde vom 3. November 2005 und in Anwendung von § 118 b Abs. 3 VAG als regulierte Pensionskasse. Sie ist gemäß § 5 Abs. 1 Nr. 3 in Verbindung mit § 6 des KStG von der Körperschaftsteuer und gemäß § 3 Nr. 9 GewStG von der Gewerbesteuer befreit.

Die Pensionskasse nimmt satzungsgemäß Personen von Unternehmen, die von der Philips Deutschland GmbH als an der Philips Pensionskasse beteiligte deutsche Philips Unternehmen bestimmt sind, als Mitglieder auf und bietet ihnen Versicherungsleistungen in Form von Altersrenten einschließlich Invaliden- und Hinterbliebenenrenten an.

Zusätzlich werden Personen Mitglied der Pensionskasse, wenn sie im Rahmen eines Versorgungsausgleichs nach dem Versorgungsausgleichsgesetz durch interne Teilung ein Anrecht auf Versorgungsleistungen bei der Pensionskasse erwerben.

Wenn ein Unternehmen seine Eigenschaft als beteiligtes deutsches Philips Unternehmen verliert, kann es mit der Kasse vereinbaren, dass es für die Mitglieder der Kasse, die zum Zeitpunkt des Verlustes der Eigenschaft als beteiligtes deutsches Philips Unternehmen in einem Arbeitsverhältnis zu ihm stehen, weiterhin die Pflichten eines beteiligten Unternehmens übernimmt.

Die zuletzt geänderte Satzung trat nach Genehmigung durch die Aufsichtsbehörde vom 22. August 2011 in Kraft. Die satzungsgemäß jährlich einmal in der ersten Hälfte eines jeden Jahres vorgeschriebene ordentliche Mitgliederversammlung hat am 26. Juni 2013 in Hamburg stattgefunden.

Auf Basis eines Funktionsausgliederungs- und Dienstleistungsvertrages vom 23. März 2009 hat die Philips Pensionskasse (VVaG) zum 1. April 2009 die Bestandsverwaltung, die Leistungsbearbeitung, das Rechnungswesen, die Vermögensanlage und die Vermögensverwaltung (§ 5 Abs. 3 Nr. 4 VAG) sowie das Controlling, das Risikomanagement und das aufsichtsrechtliche Berichtswesen auf die Philips Pensions-Service eG übertragen.

Mit Schreiben vom 26. März 2009 hat die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht dem Funktionsausgliederungs- und Dienstleistungsvertrag zugestimmt.

Gemäß Betriebsübertragungsvertrag vom 25. März 2009 wurde der Betrieb der Philips Pensionskasse (VVaG) mit Wirkung zum 1. April 2009 auf die Philips Pensions-Service eG übertragen. Die Arbeitsverhältnisse der Arbeitnehmer der Philips Pensionskasse (VVaG) sind gemäß § 613 a BGB auf die Philips Pensions-Service eG übergegangen.

Die Pensionskasse ist Mitglied der aba Arbeitsgemeinschaft für betriebliche Altersversorgung e. V., Heidelberg sowie des Verbandes der Firmenpensionskassen e. V., Berlin.

Geschäftsverlauf

1. Bestandsentwicklung

Am Ende des Geschäftsjahres hatte die Pensionskasse 12.331 aktive Mitglieder (Vorjahr 12.401), 8.738 rentenbeziehende Mitglieder (Vorjahr 8.620) sowie 2.464 rentenbeziehende Witwen, Witwer und Waisen (Vorjahr 2.411). Einzelheiten über die Bewegungen des Bestandes an Pensionsversicherungen vermittelt die entsprechende Anlage zum Lagebericht.

Die Beitragseinnahmen betragen im Jahr 2013 Mio. € 13,2 und lagen damit um rund Mio. € 0,1 über dem Niveau des Vorjahres.

Die Rentenzahlungen im Berichtsjahr erhöhten sich um Mio. € 0,9 bzw. 2,7 % auf Mio. € 34,5. Der erneute Anstieg gegenüber dem Vorjahr war einzig auf die weitere Zunahme der Anzahl der Rentner zurückzuführen.

2. Kapitalanlagen

Im gesamten Geschäftsjahr 2013 fanden nur äußerst geringe Umsätze in der Direktanlage festverzinslicher Wertpapiere statt. Zudem erfolgten die Transaktionen ausschließlich in der ersten Jahreshälfte. Der Grund für die niedrige Aktivität war der weitere Rückgang der Renditen deutscher Wertpapiere bzw. der schnelle Rückgang auch der Renditen europäischer Staats- und Unternehmensanleihen. Beide Umstände machten Käufe von entsprechenden festverzinslichen Anlagen unattraktiv.

Der Abbau des Bestandes in Inhaberschuldverschreibungen und Sonstigen Ausleihungen resultiert somit ganz überwiegend aus fällig gewordenen Wertpapieren.

Im Bereich der indirekten Wertpapieranlagen ergaben sich in 2013 größere Veränderungen. Zum einen wurde innerhalb des vorhandenen Master-Fonds (Rentenpapiere) ein externes Mandat für europäische Unternehmensanleihen gekündigt, da die erreichten Renditen absolut betrachtet zu gering geworden waren.

Die Gegenanlage erfolgte zur Mitte des Jahres in europäischen und Schwellenländer-Aktien. Hierfür wurden diverse Publikumsfonds erworben, die wiederum innerhalb eines neu aufgelegten Master-Fonds (Aktien) gebündelt wurden. Als Folge der sich zuspitzenden Krise in den Schwellenländern wurden die entsprechenden Positionen in den Fonds für diese Anlageregion im letzten Quartal wieder mit Gewinn veräußert.

Für die zwei Wertpapier-Master-Fonds werden die Möglichkeiten des § 341 b Abs. 2 HGB genutzt, da die Fonds der langfristigen Anlage dienen.

Des Weiteren hat die Pensionskasse die Anteile an einem Publikumsfonds mit dem Anlagethema Volatilität verkauft, da sich die langfristig erzielbaren Erträge in dieser Anlageart als zu niedrig erwiesen haben.

Für den Bestand an Immobilienspezialfonds erfolgte eine Zusage für einen Fonds mit dem Anlagenschwerpunkt europäische Hotels.

Der Prozess der sukzessiven Liquidation zweier Spezialfonds, nach einvernehmlichem Beschluss aller Investoren, ging in 2013 weiter. Auf beide Fonds mussten Wertverluste hingenommen werden.

Um die gegebenen administrativen Vorteile zu nutzen, wurden mit einer Ausnahme alle Immobilienspezialfonds im Sommer auf einen neu aufgelegten Master-Fonds (Immobilien) übertragen. Im Rahmen dieser Maßnahme mussten kleinere Abgangsverluste realisiert werden, da die Ver-

kehrswerte der zwei in Auflösung befindlichen Fonds zum Zeitpunkt der Einbringung in den Master-Fonds unter den Buchwerten lagen.

Auch für diesen neuen Master-Fonds für die indirekten Immobilienanlagen werden die Möglichkeiten des § 341 b Absatz 2 HGB genutzt, da die im Fonds gehaltenen Bestände ebenfalls der langfristigen Anlage dienen sollen.

Trotz der Anwendung des HGB-Regelwerks wurde auf den zuvor genannten Master-Fonds eine Wertberichtigung vorgenommen, um aus Vorsichtsgründen und nach entsprechenden Hinweisen des Fondsmanagements die zu erwartenden weiteren Bewertungsrückgänge innerhalb eines der in Auflösung befindlichen Fonds in diesem Jahresabschluss bereits zu berücksichtigen.

Zu Jahresbeginn 2013 wurden die Anteile an einem Fonds für skandinavische Immobilien zurückgegeben, da veränderte aufsichtsrechtliche Bedingungen das Engagement institutioneller Anleger in offenen Immobilien-Publikumsfonds deutlich erschweren.

Im Jahresverlauf wurde ein Neubauprojekt in Hamburg-Wandsbek, als reines Wohnobjekt, fortgeführt. Die Fertigstellung wird voraussichtlich im Sommer 2014 erfolgen.

Um eine Immobilie nicht zu veräußern und um die vorhandenen stillen Reserven zu realisieren, wurde ein Hamburger Objekt in die bestehende Philips PK Immobilien I GmbH & Co. KG eingebracht.

Im Rahmen des strategischen Aufbaus einer Anlagequote für Beteiligungen an Erneuerbare Energien Projekten in Deutschland und Europa erfolgten im vergangenen Jahr letzte Zusagen für Produkte mit Anlageschwerpunkt Photovoltaik und Wind. Weitere Engagements werden somit nicht mehr erfolgen. Der regionale Schwerpunkt des aufgebauten Portfolios liegt überwiegend in Deutschland. Die Verteilung auf die Arten der Erneuerbaren Energien berücksichtigt etwa hälftig Photovoltaik- und Windprojekte. Maßnahmen des spanischen Staates zur Reduktion der zugesagten Abnahme- und Einspeisevergütungen betreffen nur einen Teilbestand einer der Beteiligungen im Gesamtportfolio.

Das Volumen des bestehenden Investments in einem Fonds für globale Waldflächen hat sich nicht verändert. Allerdings mussten hierauf geringfügige Wertberichtigungen vorgenommen werden.

Die Pensionskasse erachtet die erfolgten Investments in Erneuerbare Energien und Wald generell als attraktiv, da sich hier langfristig hohe und gut planbare Erträge erzielen lassen. Durch diese Art von Engagements gelingt es zudem in geeigneter Weise, den Nachhaltigkeitsgedanken in den Gesamtanlagen der Kasse maßgeblich zu fördern.

In die Anlageklassen Private Equity, Hedge Funds und Hypotheken werden auch zukünftig keine Investments getätigt.

Die Nettoverzinsung der Gesamtanlagen der Pensionskasse für 2013 liegt erneut bei 4,0 % nach ebenfalls 4,0 % im Vorjahr.

3. Überschussbeteiligung und Jahresergebnis

Der Rückstellung für Beitragsrückerstattung sind auf Beschluss der Mitgliederversammlung vom 26. Juni 2013 T€ 344 entnommen worden.

Im Umfang von T€ 9.755 (vgl. zukünftige Entwicklung) wurde eine erneute außerordentliche Verstärkung der Deckungsrückstellung vorgenommen. Eine Zuführung zur Rückstellung für Beitragsrückerstattung erfolgte in Höhe von T€ 65.

Von dem im Berichtsjahr erwirtschafteten Jahresüberschuss in Höhe von T€ 630 wurde T€ 565 in die Gewinnrücklage - Verlustrücklage gem. § 37 VAG - eingestellt. Im Ergebnis ergibt sich ein ausgeglichener Bilanzgewinn.

Die Anwendung des im Rahmen der außerordentlichen Mitgliederversammlung am 4. Dezember 2007 beschlossenen eigenständigen Verfahrens zur Beteiligung an den stillen Reserven (§ 153 i. V. m. § 211 VVG) ergab zum 31. Dezember 2013 keine zuteilbaren Bewertungsreserven.

4. Risikoverlauf

Die geschäftsplanmäßigen Sterbe- und Invalidisierungswahrscheinlichkeiten werden jährlich dahingehend überprüft, ob sie ausreichende Sicherheiten enthalten. Infolgedessen wurden die geschäftsplanmäßigen Sterbewahrscheinlichkeiten für Versicherungen nach AVB Tarif 1985 zuletzt im Jahre 2012 angepasst.

Die für das Geschäftsjahr 2013 durchgeführten Risikountersuchungen zeigen, dass bei den laufenden Renten sowohl nach der Anzahl als auch nach der Jahresrente insgesamt eine Übersterblichkeit festzustellen war. Auch im Durchschnitt der letzten sechs Jahre sind nach Anpassung der Sterbewahrscheinlichkeiten im Tarif 1985 sowohl bei den männlichen und weiblichen Rentnern als auch im Bestand der Witwen und Witwer ausreichende Sicherheitsreserven vorhanden.

Für die Leistungsanwärter lagen die tatsächlichen Sterbefälle sowohl bei den männlichen als auch bei den weiblichen Mitgliedern im Durchschnitt der letzten sechs Jahre - bezogen auf die Anzahl wie auch auf die (versicherte) Jahresrente - unterhalb der geschäftsplanmäßigen Ansätze. Bei den weiblichen Mitgliedern sind aufgrund der kleinen Bestände stärkere Schwankungen für die einzelnen Jahre festzustellen. Auch hinsichtlich der Invaliditätsfälle ist im Durchschnitt der letzten sechs Jahre ein unterrechnungsmäßiger Verlauf zu verzeichnen, der bei männlichen Mitgliedern stärker als bei weiblichen ausgeprägt ist. Die geschäftsplanmäßigen Rechnungsgrundlagen für die Anwartschaften zeigen somit weiter ausreichende Sicherheitsreserven.

5. Chancen / Risiken

Aus dem hohen direkt und indirekt gehaltenen Bestand an europäischen Staats- und Unternehmensanleihen könnten sich bei einer erneuten Verschärfung der Euro-Schuldenkrise Kurs- und Bonitätsrisiken ergeben. Als Folge einer Abschwächung der Wachstumsdynamik und vor allem möglicher negativer Auswirkungen einer veränderten Politik der amerikanischen Notenbank („Tapering“) auf die Währungen und Leistungsbilanzen der Schwellenländer wären in den Anleihe-Mandaten für diese Regionen Währungs- und Kursrückgänge möglich.

Ein weiteres Risiko stellt die Einhaltung der von den europäischen Staaten garantierten Einspeise- und Abnahmevergütungen für Photovoltaik- und Wind-Energie-Projekte dar. Dass es hier unerwartet zu Subventionskürzungen oder Sondersteuern kommen kann, verdeutlichen die Maßnahmen Spaniens. Ob die Beschlüsse letztendlich Bestand haben, müssen die anhängigen internationalen Klagen zeigen.

Die Ergebnisse der einen Beteiligung mit Spanien-Anteil zeigen, dass die Gesamttrendite von den Schritten des Landes zwar negativ betroffen ist, dies aber nur in einem überschaubaren Rahmen. Die breite regionale Streuung der Investments innerhalb der Beteiligung ermöglicht es, die unerwarteten Belastungen aufzufangen.

Die im vergangenen Jahr aufgebaute moderate Aktienquote stellt grundsätzlich ein Risiko dar, da hier jederzeit Kursrückgänge eintreten können. Allerdings überwachen diese Bestände täglich qualifizierter externer Dienstleister im Rahmen eines "Risiko-Overlay-Managements" und laufend das interne Risikomanagement. Auf Grund der niedrigen absoluten Höhe der Aktienanlagen und den begleitenden Sicherungsmaßnahmen sollten sich keine bestandsgefährdenden Risiken für die Pensionskasse ergeben können.

Generell ist die Kapitalanlagepolitik der Pensionskasse stets auf eine angemessen breite Streuung der Gesamtanlagen ausgerichtet. Dies gilt insbesondere auch innerhalb der Emittenten aller direkten und indirekten Anleihebestände. Eine zeitnahe Überwachung deren schulnerspezifischen Ratings begrenzt mögliche Risiken. Um die Kontrolle der Bonität der gehaltenen festverzinslichen Wertpapiere zu verstärken und um nicht primär von den Beurteilungen der etablierten Rating-Agenturen abhängig zu sein, hat die Pensionskasse Ende des Jahres eine Zusammenarbeit mit einem externen Dienstleister beschlossen. Ab 2014 wird die Pensionskasse quartalsweise und im Bedarfsfall auch ad hoc mit Qualitätseinschätzungen der Emittenten sowie der Gattungen der gehaltenen Wertpapiere unterstützt.

Der, von strategischen Ausnahmen in den externen Fondsmandaten abgesehen, ausschließliche Erwerb bester Qualitäten im „Investment Grade“-Bereich limitiert ebenfalls eventuelle Kreditrisiken. Auf Herabstufungen unter dieses Bewertungsniveau wird in der Direktanlage in der Regel mit einem zeitnahen Verkauf der betroffenen Papiere reagiert. Für die externen Asset Manager bestehen für diesen Fall eindeutige Handlungsanweisungen.

Im Interesse des erwarteten positiven Chance-Risiko-Profiles sowie des teilweise gegebenen Inflationsschutzes, muss die mit dem strategischen Aufbau einer nennenswerten Anlagequote in Erneuerbare Energien Projekten verbundene lange Bindungsdauer und die begrenzte Fungibilität dieser Anlageteile akzeptiert werden. Gleiches gilt für den vergleichsweise hohen direkten und indirekten Bestand an Immobilienanlagen.

Eine laufende, mehrjährige Liquiditätsplanung in der Pensionskasse lässt diese Anlagen allerdings zu, da die Vorausschau die eingeschränkte Liquidierbarkeit dieser zwei Anlagearten berücksichtigt.

In den Direktanlagen bestehen keine Fremdwährungsrisiken. In den extern vergebenen Mandaten für festverzinsliche Wertpapiere oder in den einzelnen Beteiligungen werden diese grundsätzlich durch laufende Absicherungen vermieden oder zumindest stark vermindert. Ausgenommen hiervon war eine in 2013 bestehende begrenzte Quote in den Währungen der Schwellenländer für Anlagen im Anleihebereich.

Das interne Risikomanagement unterzieht die Gesamtanlagen regelmäßig verschiedenen Stresstests. Hierbei werden u. a. mindestens quartalsweise die Berechnungsmethoden und Szenarien verwendet, welche von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht vorgegeben sind. Mit Hilfe dieser Simulationsrechnungen wird überprüft, ob die Deckungsrückstellung auch bei extrem negativen Kapitalmarktveränderungen durch ein ausreichendes Kapitalvermögen bedeckt ist.

Während des gesamten Jahres 2013 hat die Pensionskasse zu allen internen und externen Berichtsterminen diese "BaFin-Stresstests" jederzeit und uneingeschränkt bestanden.

In Teilbereichen des Risikomanagements der Kapitalanlagen arbeitet die Pensionskasse mit externen Partnern zusammen. U. a. erhält die Kasse monatliche Informationen zu wesentlichen Risiko-Kennzahlen zugestellt. Hierzu gehören Berechnungen über die maximal zu erwartenden Wertverluste der Anlagen innerhalb eines bestimmten Zeitraumes und mit einer bestimmten Eintrittswahrscheinlichkeit (Value-at-Risk-Daten) sowie die Berücksichtigung von Korrelations-effekten zwischen den Anlagearten. Zusätzlich lässt die Pensionskasse selbst festgelegte Stresstest-Szenarien monatlich von einem Dienstleister berechnen. Die externe Überwachung einer Wertuntergrenze für Spezialfondsmandate, sofern "Risikokapitalanlagen", wie z. B. Aktien über Mandate gehalten werden, stellt einen zusätzlichen Bereich der Kooperation mit qualifizierten Dienstleistern dar und steigert den Schutz der Substanz der Kapitalanlagen nachhaltig.

Des Weiteren werden im Rahmen des Gesamtrisikomanagements regelmäßig solche strategischen, rechtlichen und operationellen Risiken berücksichtigt und bewertet, die für die wirtschaftliche Entwicklung und den Fortbestand der Pensionskasse von wesentlicher Bedeutung sind.

Die Ergebnisse der zuvor genannten Verfahren münden in einem internen Risikoberichtswesen, welches auf Basis von Ampelschaltungen zeitnah Hinweise auf eine ggfs. kritische Risikosituation der Pensionskasse gibt. Auf Grundlage dieser Berichte würden bei Bedarf unmittelbare Entscheidungen getroffen, um kurzfristig die Risikotragfähigkeit wieder herzustellen. Dies gilt vor allem auch für eine evtl. Anpassung der Asset Allokation der Kapitalanlagen.

Sämtliche eingesetzten Verfahren und Tools werden jährlich auf ihre Sinnhaftigkeit und Angemessenheit hin durch ein "Risikomanagement-Team" überprüft und ggf. angepasst oder erweitert.

Im Geschäftsjahr 2013 erfolgte turnusmäßig die erneute Prüfung der Kapitalanlagetätigkeit, des beschriebenen Risikomanagements und der Versicherungswirtschaft der Pensionskasse bzw. die Organisation und die Prozesse der entsprechenden Bereiche der Philips Pensions-Service eG durch die Interne Revision (als Outsourcing-Partner durch eine namhafte Wirtschaftsprüfungsgesellschaft). Diese Kontrollen erbrachten keine Kritikpunkte von größerer Bedeutung. Gleiches gilt für die erneute Prüfung und Bewertung der Risikostrategie.

Die Pensionskasse verfügt über einen ausgewogenen Versicherungsbestand und vorsichtig dotierte Rückstellungen. Die Risiken des Versicherungsverlaufes werden jährlich durch den Verantwortlichen Aktuar überprüft.

Die aktuariellen Überprüfungen der biometrischen Risiken ergeben derzeit keinen Bedarf für eine Verstärkung der Deckungsrückstellung. Diese Art möglicher versicherungstechnischer Risiken ist mit den Maßnahmen der Vorjahre, d. h. den vorgenommenen außerordentlichen Verstärkungen der Deckungsrückstellung, bis auf Weiteres abgedeckt. Allerdings muss zukünftig damit gerechnet werden, dass die zunehmende Längerlebigkeit der Mitglieder weitere Zuführungen zur Deckungsrückstellung erforderlich macht.

Aus der Tatsache, dass allen Tarifen der Pensionskasse ein Rechnungszins zu Grunde liegt, der jährlich neu an den Kapitalmärkten erwirtschaftet werden muss, ergeben sich Zinsrisiken (Garantierisiko).

Um dem nun seit Jahren andauernden Niedrigzinsumfeld deutscher und zunehmend auch internationaler Anleihen Rechnung zu tragen, wurde der Deckungsrückstellung im Berichtsjahr pauschal ein Betrag von rd. Mio. € 9,8 zugeführt (nach Mio. € 8,8 im Jahr 2012). Es ist das Ziel, mit diesen pauschalen Verstärkungen mittelfristig in der Lage zu sein, den Rechnungszins im Tarif 1985 auf 3,25 % (von derzeit 3,50 %) absenken zu können.

Sollten die Renditen der festverzinslichen Wertpapiere in absehbarer Zeit nicht nennenswert ansteigen, ist mit weiteren Aufstockungen der Deckungsrückstellung in den Folgejahren auch für die anderen Tarife der Pensionskasse zu rechnen. Durch diese Maßnahmen soll die dauerhafte Finanzierbarkeit der gegebenen Rentenzusagen gesichert werden.

Der Umstand, dass in der Philips Pensionskasse die jährlichen Rentenleistungen die Beitrags-einnahmen deutlich übersteigen, stellt ein Liquiditätsrisiko dar. Diesem Risiko wird durch eine regelmäßige und vorausschauende Liquiditätsplanung begegnet. Auch die nennenswerten Quoten für Anlagen in festverzinslichen Wertpapieren sowie Immobilien und Beteiligungen für Erneuerbare Energien und die damit verbundenen hohen ordentlichen Erträge tragen dem genannten Risiko Rechnung. Zudem unternimmt die Kasse erhebliche Anstrengungen, um Neumitglieder für die Einrichtung zu gewinnen, wobei die tatsächlichen Möglichkeiten als Folge der Rahmenbedingungen einer Firmenpensionskasse allerdings begrenzt sind.

Die aufsichtsrechtlichen Solvabilitätsanforderungen werden von der Pensionskasse voll erfüllt. Eine Nutzung der Eigenmittel B ist dafür weiterhin nicht erforderlich.

6. Ausblick

Nach dem Verlauf des Jahres 2013 scheint die Euro-Krise aufgrund der massiven staatlichen Interventionen und der "unbegrenzten" Zusagen der EZB zum Ankauf von Staatsanleihen vorerst überstanden zu sein. Nichtsdestotrotz könnte eine nicht erwartete globale Rezession die Situation wieder zuspitzen. Zudem haben bereits die heftigen Reaktionen der Kapitalmärkte auf die reine Ankündigung einer angedachten Rückführung der massiven Geldflutung durch die amerikanische Notenbank im Frühsommer gezeigt, wie schwer ein geordneter Rückzug aus der lang andauernden Phase der expansiven Geldpolitik wird. Es ist nicht auszuschließen, dass die schrittweise Umsetzung der Reduktion der monatlichen Aufkäufe von Anleihen durch die US-Notenbank in 2014 weitere Turbulenzen weltweit auslöst.

Des Weiteren besteht zunehmend die Sorge, dass der sich permanent verschärfende Anlage-Notstand zu Blasenbildungen in Teilen der Kapitalmärkte führen könnte. Insbesondere das historisch niedrige Zinsniveau für festverzinsliche deutsche Wertpapiere zwingt alle inländischen Investoren zu größeren Verschiebungen in der Allokation der Kapitalanlagen. Primär "Sachwerte", also Immobilien und Aktien, aber auch "Alternative Anlagen" (mit attraktiven und planbaren Chance-Risiko-Profilen) bzw. Zinsanlagen außerhalb Europas, teilweise unter bewusster Inkaufnahme von Währungsrisiken, oder Anleihen im Non-Investment-Grade Bereich profitieren von diesen Notwendigkeiten.

Bei der gegebenen breiten Streuung der Gesamtanlagen der Pensionskasse, unter Nutzung der Chancen in Anleihen aus Schwellenländern, in Aktien und Beteiligungen für Erneuerbare Energien und auf Basis auskömmlicher stiller Reserven sollte auch in den nächsten Jahren, trotz der genannten Herausforderungen, eine ausreichend hohe Rendite (risikokontrolliert) erzielbar sein. Allerdings werden die geeigneten Möglichkeiten zur Erwirtschaftung der erforderlichen Verzinsungen von Jahr zu Jahr geringer.

Für das kommende Geschäftsjahr 2014 wird gegenüber dem Berichtsjahr seitens der Pensionskasse keine nennenswert höhere Anzahl neuer Mitglieder erwartet. Die allgemeinen Verwaltungskosten werden zunehmen, da der Mehraufwand für neue und leistungsstärkere Softwarelösungen sowie verbesserte externe Unterstützungen zu Buche schlagen.

Strategische Veränderungen in Bezug auf die Pensionskasse bzw. die Zusammenarbeit mit der Philips Pensions-Service eG sind nicht vorgesehen.

Auf Grund des voraussichtlich unvermindert schwierigen Kapitalmarktumfeldes und eines begrenzten Budgets für weitere „Risikokapitalanlagen“ wird eine Nettoverzinsung von rund 3,5 % erwartet. Soweit das Risikobudget es im Jahresverlauf zulässt, sind moderate Aufstockungen in den Anlagearten Aktien, Non-Investment-Grade Anleihen und Immobilien geplant.

Es ist das Ziel, die für eine Absenkung des Rechnungszinses im Tarif 1985 um 0,25 % noch fehlende pauschale Zuführung zur Deckungsrückstellung in Höhe von ca. Mio € 9 in 2014 und 2015 darzustellen.

Der Jahresüberschuss beträgt im nächsten Geschäftsjahr voraussichtlich etwa Mio € 0,35 und soll vollständig in die Verlustrücklage eingestellt werden. Eine Zuführung zur Rückstellung für Beitragsrückerstattung ist nicht vorgesehen.

Die Gesamtsituation der Pensionskasse zu Beginn des neuen Geschäftsjahres 2014 kann als gut bezeichnet werden, da sie alle aufsichtsrechtlichen Vorgaben und Anforderungen uneingeschränkt erfüllt und ausreichende Risikopuffer vorhanden sind, um ggf. eintretende Korrekturen an den Kapitalmärkten abzufangen.

Für die Jahre 2015 und 2016 werden keine wesentlichen Änderungen der Gesamtlage der Pensionskasse gesehen. Maßgeblich hängt diese Einschätzung u. a. von der weiteren Personalpolitik seitens der Philips Deutschland GmbH und der sonstigen Trägerunternehmen sowie den Entwicklungen an den internationalen Kapitalmärkten, d. h. vor allem der möglichen Fortdauer des Niedrigzinsumfeldes, ab. Sämtliche Prognoserechnungen bestätigen derzeit aber eine auch unter diesen Umständen mittel- und langfristig gute Positionierung der Pensionskasse.

Den Mitgliedervertretern, allen Mitarbeitern der Philips Pensions-Service eG und denen, die sich für die Belange der Pensionskasse und deren Mitglieder aktiv eingesetzt haben, sprechen wir unseren Dank aus.

Bewegung des Bestandes an Pensionsversicherungen (ohne sonstige Versicherungen) im Geschäftsjahr 2013

	Anwärter		Invaliden- und Altersrentner			Hinterbliebenenrenten						
	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Summe der Jahresrenten ² Euro	Witw en	Witw er	Waisen	Summe der Jahresrenten ²			
	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl		Anzahl	Anzahl	Anzahl	Witw en	Witw er	Waisen	Euro
I. Bestand am Anfang des Geschäftsjahres	9.714	2.687	6.849	1.771	28.334.856	2.193	85	133	4.685.582	111.564	83.982	
II. Zugang während des Geschäftsjahres												
1. Neuzugang an Anw ärtern, Zugang an Rentnern	139	194	307	75	1.387.049	143	9	9	307.063	11.826	3.945	
2. Sonstiger Zugang ¹					114.093				48	25	1.533	
3. Gesamter Zugang	139	194	307	75	1.501.142	143	9	9	307.111	11.851	5.478	
III. Abgang während des Geschäftsjahres												
1. Tod	15	3	225	38	561.846	96	5		214.261	4.856		
2. Beginn der Altersrente	278	66										
3. Berufs- und Erw erbsunfähigkeit (Invalidität)	29	6										
4. Reaktivierung, Wiederheirat, Ablauf			1		4.049		1	6		690	4.280	
5. Ausscheiden unter Zahlung von Rückkauf- werten, Rückgew ährbeträgen und Austritts- vergütungen	5	1										
6. Ausscheiden ohne Zahlung von Rückkauf- werten, Rückgew ährbeträgen und Austritts- vergütungen												
7. Sonstiger Abgang					121.410						1.527	
8. Gesamter Abgang	327	76	226	38	687.305	96	6	6	214.261	5.546	5.807	
IV. Bestand am Ende des Geschäftsjahres	9.526	2.805	6.930	1.808	29.148.693	2.240	88	136	4.778.432	117.869	83.653	
davon												
1. beitragsfreie Anw artschaften	2.785	832										
2. in Rückdeckung gegeben												

¹ Z. B. Reaktivierung, Wiederinkraftsetzung sowie Erhöhung der Rente

² Einzusetzen ist hier der Betrag, der sich als zukünftige Dauerverpflichtung (entsprechend der Deckungsrückstellung) ergibt

Bilanz zum 31.12.2013

AKTIVA					
	Euro	Euro	Euro	Geschäftsjahr Euro	Vorjahr Euro
A. Immaterielle Vermögensgegenstände					
entgeltlich, erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten				281.220,41	0,00
B. Kapitalanlagen					
I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschl. der Bauten auf fremden Grundstücken			58.454.487,92		59.321.302,82
II. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen					
1. Anteile an verbundenen Unternehmen		28.805.000,00			19.775.000,00
2. Beteiligungen		<u>83.562.723,02</u>			<u>53.108.811,18</u>
			112.367.723,02		72.883.811,18
III. Sonstige Kapitalanlagen					
1. Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere		362.396.555,53			370.539.895,95
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere		182.242.362,31			184.749.626,94
3. Sonstige Ausleihungen					
a) Namensschuldverschreibungen	56.088.540,76				55.818.579,74
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	<u>57.500.000,00</u>				<u>71.434.697,35</u>
			113.588.540,76		127.253.277,09
4. Einlagen bei Kreditinstituten		5.500.000,00			8.500.000,00
5. Andere Kapitalanlagen		<u>1.000,00</u>			<u>1.000,00</u>
			<u>663.728.458,60</u>		<u>691.043.799,98</u>
C. Forderungen				834.550.669,54	823.248.913,98
I. Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft an:					
1. Versicherungsnehmer		197.322,36			112.629,07
2. Mitglieds- und Trägerunternehmen		<u>96.841,06</u>			<u>108.664,66</u>
			294.163,42		221.293,73
II. Sonstige Forderungen					
davon:					
gegenüber verbundenen Unternehmen:					
31.087,18 Euro (Vorjahr: 14.365,51 Euro)					
gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht:					
684.362,28 Euro (Vorjahr: 277.426,32 Euro)			<u>1.213.163,06</u>		<u>1.028.909,94</u>
				1.507.326,48	1.250.203,67
D. Sonstige Vermögensgegenstände					
I. Laufende Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks und Kassenbestand			1.891.824,46		1.550.728,90
II. Andere Vermögensgegenstände			<u>2.858.747,53</u>		<u>2.854.847,42</u>
				4.750.571,99	4.405.576,32
E. Rechnungsabgrenzungsposten					
I. Abgegrenzte Zinsen und Mieten			8.683.003,90		8.904.634,09
II. Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten			<u>0,00</u>		<u>15.212,01</u>
				8.683.003,90	8.919.846,10
SUMME DER AKTIVA				<u>849.772.792,32</u>	<u>837.824.540,07</u>

Hamburg, 5. März 2014

Ich bestätige hiermit entsprechend § 73 VAG, dass die im Vermögensverzeichnis aufgeführten Vermögensanlagen den gesetzlichen und aufsichtsbehördlichen Anforderungen gemäß angelegt und vorschriftsmäßig sichergestellt sind.

Der Treuhänder

Hans-Jürgen Haverkamp

Bilanz zum 31.12.2013

PASSIVA			
	Euro	Geschäftsjahr Euro	Vorjahr Euro
A. Eigenkapital			
Gew innrücklagen			
Verlustrücklage gem. § 37 VAG		40.385.000,00	39.820.000,00
B. Versicherungstechnische Rückstellungen			
I. Deckungsrückstellung	807.691.669,01		796.406.912,04
II. Rückstellung für noch nicht abgew ickelte Versicherungsfälle	68.904,60		41.192,99
III. Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung	401.541,05		680.970,06
		808.162.114,66	797.129.075,09
C. Andere Rückstellungen			
Sonstige Rückstellungen		179.646,70	112.214,41
D. Andere Verbindlichkeiten			
I. Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft gegenüber Mitglieds- und Trägerunternehmen	141.627,17		71.628,22
II. Sonstige Verbindlichkeiten davon: aus Steuern: 11.121,19 Euro (Vorjahr: 0,00 Euro) im Rahmen der sozialen Sicherheit: 21.770,79 Euro (Vorjahr: 16.729,79 Euro)	749.992,11		515.664,83
		891.619,28	587.293,05
E. Rechnungsabgrenzungsposten		154.411,68	175.957,52
SUMME DER PASSIVA		849.772.792,32	837.824.540,07

Hamburg, 5. März 2014

Es wird bestätigt, dass die Deckungsrückstellung nach dem zuletzt am 18.07.2013 genehmigten Geschäftsplan berechnet worden ist.

- Der Verantwortliche Aktuar -

Torsten Seemann

**Gewinn- und Verlustrechnung
für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2013**

	Euro	Euro	Geschäftsjahr Euro	Vorjahr Euro
I. Versicherungstechnische Rechnung				
1. Verdiente Beiträge			13.151.525,67	13.109.248,33
2. Beiträge aus der Rückstellung für Beitragsrückerstattung			159.310,60	130.313,55
3. Erträge aus Kapitalanlagen				
a) Erträge aus Beteiligungen		3.108.244,94		3.177.818,35
davon: aus verbundenen Unternehmen				
935.053,02 Euro (Vorjahr: 835.824,15 Euro)				
b) Erträge aus anderen Kapitalanlagen				
aa) Erträge aus Grundstücken, grundstücksgleichen				
Rechten und Bauten einschließlich der Bauten auf				
fremden Grundstücken	6.617.951,40			6.650.217,07
bb) Erträge aus anderen Kapitalanlagen	18.895.656,36			27.078.551,14
		25.513.607,76		33.728.768,21
c) Erträge aus Zuschreibungen		41.775,02		3.250.850,53
d) Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen		13.136.311,67		727.648,64
			41.799.939,39	40.885.085,73
4. Sonstige versicherungstechnische Erträge			583.985,70	589.972,43
5. Aufwendungen für Versicherungsfälle				
a) Zahlungen für Versicherungsfälle		34.502.498,48		33.610.179,15
b) Veränderung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte				
Versicherungsfälle		27.711,61		-194.014,37
			34.530.210,09	33.416.164,78
6. Veränderungen der übrigen versicherungstechnischen				
Rückstellungen				
Deckungsrückstellung			11.284.756,97	11.598.943,08
7. Aufwendungen für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige			65.000,00	0,00
Beitragsrückerstattung				
8. Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb				
a) Abschlussaufwendungen		173.743,41		158.113,69
b) Verwaltungsaufwendungen		269.253,70		267.398,15
			442.997,11	425.511,84
9. Aufwendungen für Kapitalanlagen				
a) Aufwendungen für die Verwaltung von Kapitalanlagen,		3.746.950,46		3.813.785,22
Zinsaufwendungen und sonstige Aufwendungen für die				
Kapitalanlagen				
b) Abschreibungen auf Kapitalanlagen		4.203.359,30		4.322.254,72
c) Verluste aus dem Abgang von Kapitalanlagen		461.394,93		93.734,99
			8.411.704,69	8.229.774,93
10. Versicherungstechnisches Ergebnis			960.092,50	1.044.225,41
Übertrag:			960.092,50	1.044.225,41

**Gewinn- und Verlustrechnung
für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2013**

	Euro	Geschäftsjahr Euro	Vorjahr Euro
Übertrag:		960.092,50	1.044.225,41
II. Nichtversicherungstechnische Rechnung			
1. Sonstige Erträge	9.627,62		14.049,18
2. Sonstige Aufwendungen	184.134,84	-174.507,22	141.257,82
3. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit		785.585,28	-127.208,64
4. Sonstige Steuern		220.585,28	217.016,77
5. Jahresüberschuss		565.000,00	700.000,00
6. Einstellungen in Gewinnrücklagen in die Verlustrücklage gem. § 37 VAG		565.000,00	700.000,00
7. Bilanzgewinn		0,00	0,00

A n h a n g

1. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die immateriellen Vermögensgegenstände werden gemäß § 341b Abs. 1 i.V.m. § 255 Abs. 1 und § 253 Abs. 3 HGB mit den Anschaffungskosten bewertet.

Grundstücke und Bauten werden gemäß § 341b Abs. 1 i.V.m. § 255 und § 253 Abs. 3 HGB zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten, vermindert um planmäßige Abschreibungen bewertet. Bei der Ermittlung der Abschreibungen werden lineare Abschreibungssätze entsprechend der voraussichtlichen betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer zugrunde gelegt.

Anteile an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen werden gemäß § 341 b Abs. 1 i.V.m. § 255 Abs. 1 und § 253 Abs. 3 HGB mit den Anschaffungskosten unter Berücksichtigung des gemilderten Niederstwertprinzips bewertet.

Die Investmentanteile werden grundsätzlich gemäß § 341 b Abs. 2 i.V.m. § 255 Abs. 1 und § 253 Abs. 4 HGB wie Umlaufvermögen bewertet (strenges Niederstwertprinzip). Sofern die Investmentanteile dazu bestimmt sind, dauernd dem Geschäftsbetrieb zu dienen, erfolgt die Bewertung nach den für das Anlagevermögen geltenden Vorschriften gemäß § 341 b Abs. 2 i.V.m. § 255 Abs. 1 und § 253 Abs. 3 HGB (gemildertes Niederstwertprinzip). Insgesamt wurden Investmentanteile in Höhe von T€ 350.502 dem Anlagevermögen zugeordnet. Durch die Bewertung nach dem gemilderten Niederstwertprinzip wurden zum Bilanzstichtag keine Abschreibungen vermieden.

Inhaberschuldverschreibungen, die dazu bestimmt sind, dauernd dem Geschäftsbetrieb zu dienen, werden nach den Vorschriften gemäß § 341 b Abs. 2 HGB i.V.m. § 255 Abs. 1 und § 253 Abs. 3 HGB bewertet. Zum Bilanzstichtag werden Wertpapiere in Höhe von T€ 168.358 dem Anlagevermögen zugeordnet. Durch die Bewertung nach dem gemilderten Niederstwertprinzip wurden keine Abschreibungen vermieden. Sofern Anleihen über pari erworben wurden, werden die Anschaffungskosten über die Restlaufzeit ratierlich auf den Nennwert abgeschrieben. Zuschreibungen bis maximal zu den fortgeführten Anschaffungskosten erfolgten bei Wegfall der Gründe für die dauerhafte Wertminderung.

Im Bestand werden vier Inhaberschuldverschreibungen gehalten, die nicht dazu bestimmt sind, dauernd dem Geschäftsbetrieb zu dienen. Infolgedessen erfolgt die Bewertung dieser Papiere nach den für das Umlaufvermögen geltenden Vorschriften gemäß § 341 b Abs. 2 i.V.m. § 255 Abs. 1 und § 253 Abs. 4 HGB.

Die unter den „sonstige Ausleihungen“ ausgewiesenen Namensschuldverschreibungen sowie Schuldscheinforderungen und Darlehen werden gemäß § 341b Abs. 1 i.V.m. § 255 Abs. 1 und § 253 Abs. 3 HGB zu Anschaffungskosten unter Berücksichtigung des gemilderten Niederstwertprinzips bewertet. Die im Bestand befindliche Zero-Namensschuldverschreibung wird zu Anschaffungskosten zuzüglich der laufzeitabhängigen Zinsamortisation angesetzt. Zur Feststellung einer möglichen dauerhaften Wertminderung wurde die Bonität der jeweiligen Emittenten einzeln beurteilt.

Die Bewertung der Einlagen bei Kreditinstituten sowie der anderen Kapitalanlagen erfolgt zu den Anschaffungskosten unter Berücksichtigung des gemilderten Niederstwertprinzips.

Forderungen sind mit Nominalwerten bilanziert. Dem Risiko des Forderungsausfalls wird mit Einzel- und Pauschalwertberichtigungen in angemessenem Umfang Rechnung getragen.

Die sonstigen Vermögensgegenstände und aktiven Rechnungsabgrenzungsposten werden zum Nominalwert ausgewiesen.

Die zum 31. Dezember 2013 ausgewiesene Deckungsrückstellung wurde nach den aufsichtsbehördlich genehmigten Geschäftsplänen für die Tarife 1985, 2002 und 2002 Zusatzversorgung, 2008 und 2008 Zusatzversorgung und 2009AB prospektiv für jede einzelne Versicherung berechnet.

Dabei wurden als Rechnungsgrundlagen für den Tarif 1985 die modifizierten biometrischen Grundwerte nach den „Richttafeln 1998“ von Heubeck mit einem Rechnungszins von 3,5 % p. a. verwendet. Für die Tarife 2002 und 2002 Z wurden die modifizierten biometrischen Grundwerte nach den „Richttafeln 1998“ von Heubeck mit einem Rechnungszins von 3,25 % in Ansatz gebracht. Für die Tarife 2008 und 2008 Z wurden die modifizierten biometrischen Grundwerte nach den „Richttafeln 2005 G“ von Heubeck mit einem Rechnungszins von 2,25 % zugrunde gelegt. Für den Tarif 2009AB wurden die modifizierten biometrischen Grundwerte nach den "Richttafeln 2005 G" von Heubeck mit den Rechnungszinsen 3,5 %, 3,25 % oder 2,25 % (je nach Vorgängertarif) angewendet.

Mit aufsichtsrechtlicher Genehmigung wurde die Deckungsrückstellung zur Stärkung der Sicherheiten in den Rechnungsgrundlagen „Zins“ um € 21.711.664 pauschal erhöht.

Die Deckungsrückstellung hat sich gegenüber dem Vorjahr um T€ 11.285 auf T€ 807.692 erhöht.

Die Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle wird für jeden Versicherungsfall, der bis zum Bilanzstichtag eingetreten ist, einzeln ermittelt.

Die Bewertung der Verbindlichkeiten und der sonstigen Rückstellungen erfolgt zum Erfüllungsbetrag bzw. in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrags. Die passiven Rechnungsabgrenzungsposten werden zum Nominalwert ausgewiesen.

2. Erläuterungen zur Bilanz

Die Bewegungen und Bilanzwerte der Kapitalanlagen sind aus der Übersicht „Entwicklung der Aktivposten“ zu ersehen.

Entwicklung der Aktivposten im Geschäftsjahr 2013

Aktivposten	Bilanzwerte Vorjahr 31.12.2012 Euro	Zugänge Euro	Abgänge Euro	Zuschreibungen Euro	Abschreibungen Euro	Bilanzwerte Geschäftsjahr 31.12.2013 Euro
A						
Immaterielle Vermögensgegenstände						
1. entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	0,00	281.220,41	0,00	0,00	0,00	281.220,41
2. Summe A	0,00	281.220,41	0,00	0,00	0,00	281.220,41
B I.						
Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschl. der Bauten auf fremden Grundstücken	59.321.302,82	503.258,35	0,51	0,00	1.370.072,74	58.454.487,92
B II.						
Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen						
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	19.775.000,00	9.300.000,00	270.000,00	0,00	0,00	28.805.000,00
2. Beteiligungen	53.108.811,18	31.406.081,86	952.170,02	0,00	0,00	83.562.723,02
3. Summe B II.	72.883.811,18	40.706.081,86	1.222.170,02	0,00	0,00	112.367.723,02
B III.						
Sonstige Kapitalanlagen						
1. Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	370.539.895,95	96.686.476,05	102.029.494,56	0,00	2.800.321,91	362.396.555,53
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	184.749.626,94	9.596.550,00	12.112.625,00	41.775,02	32.964,65	182.242.362,31
3. Sonstige Ausleihungen						
a) Namensschuldverschreibungen	55.818.579,74	269.961,02	0,00	0,00	0,00	56.088.540,76
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	71.434.697,35	0,00	13.934.697,35	0,00	0,00	57.500.000,00
4. Einlagen bei Kreditinstituten	8.500.000,00	0,00	3.000.000,00	0,00	0,00	5.500.000,00
5. Andere Kapitalanlagen	1.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	1.000,00
6. Summe B III.	691.043.799,98	106.552.987,07	131.076.816,91	41.775,02	2.833.286,56	663.728.458,60
INSGESAMT	823.248.913,98	148.043.547,69	132.298.987,44	41.775,02	4.203.359,30	834.831.889,95

Kapitalanlagen

Die Bewertung der Kapitalanlagen zeigt folgendes Bild:

	Zeitwert	Buchwert	Zeitwert- reserve
	in € Mio	in € Mio	in € Mio
Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	82,1	58,5	23,6
Anteile an verbundenen Unternehmen	29,3	28,8	0,5
Beteiligungen	85,7	83,6	2,1
Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	366,7	362,4	4,3
Inhaberschuldverschreibungen	209,7	182,2	27,5
Namenschuldverschreibungen	63,0	56,1	6,9
Schuldscheinforderungen und andere Darlehen	61,9	57,5	4,4
Einlagen bei Kreditinstituten	5,5	5,5	0,0
andere Kapitalanlagen	0,0	0,0	0,0
Summe	<u>903,9</u>	<u>834,6</u>	<u>69,3</u>

Der Gesamtsumme der fortgeführten Anschaffungskosten der in die Überschussbeteiligung einzubeziehenden Kapitalanlagen in Höhe von T€ 834.551 stehen korrespondierende beizulegende Zeitwerte in Höhe von T€ 903.945 gegenüber. Der sich hieraus ergebene Saldo beträgt T€ 69.394.

Bei Grundstücken, grundstücksgleichen Rechten und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken erfolgte die Ermittlung der Zeitwerte auf Basis des jeweiligen Ertragswertes. Hierfür liegen entsprechende externe Wertgutachten aus den Jahren 2010 bis 2013 vor. Hiervon ausgenommen ist das im Bau befindliche Grundstück, für das als Zeitwert der Buchwert angesetzt wurde.

Für Anteile an verbundenen Unternehmen entsprechen die Zeitwerte dem Buchwert bzw. dem Zeitwert der gehaltenen Objekte.

Die Zeitwertermittlung für Beteiligungen erfolgte je nach Art der Beteiligung nach dem Discounted Cash Flow-Verfahren (Abzinsung der Zahlungsströme) oder auf Basis des Net Asset Values (Nettoinventarwert).

Investmentanteile wurden grundsätzlich mit den von den Kapitalverwaltungsgesellschaften mitgeteilten Rücknahmepreisen zum Bilanzstichtag angesetzt. Die Anteile eines Sondervermögens wurden mit dem voraussichtlich realisierbaren Wert unter Berücksichtigung des Grundsatzes der Vorsicht bewertet.

Hinsichtlich der Inhaberschuldverschreibungen richtete sich der Zeitwert nach den Börsenkursen zum Bilanzstichtag.

Die Ermittlung der Zeitwerte der sonstigen Ausleihungen (Namenschuldverschreibungen sowie Schuldscheinforderungen und Darlehen) erfolgte anhand der Euro-Swapkurve zuzüglich geeigneter Zinsaufschläge.

Der Zeitwert der Einlagen bei Kreditinstituten sowie der anderen Kapitalanlagen entspricht den jeweiligen Buchwerten.

Angaben zu Investmentvermögen mit einem Anteilbesitz von mehr als 10%:

	Buchwert (BW) in Mio €	Zeitwert (TW) in Mio €	Differenz (ZW-BW) in Mio €	Ausschüttung 2013 in T€	Tägliche Rückgabe möglich?
Rentenfonds					
PEKA 1	260,6	262,8	2,2	3.000,0	ja
Aktiefonds					
PEKA 2	50,0	52,1	2,1	0,0	ja
Immobilienfonds					
PEKA 3	39,9	39,9	0,0	0,0	nein
Catella Focus Global Forests	11,9	11,9	0,0	0,0	nein

Bei den Immobilienfonds ist die Rückgabe der Anteile einmal monatlich bzw. nach sechs Monaten möglich.

Sonstige Vermögensgegenstände

Die anderen Vermögensgegenstände enthalten bereits im Geschäftsjahr 2013 gezahlte Renten für Januar 2014.

Gewinnrücklage

In die Verlustrücklage gem. § 37 VAG wurden T€ 565 eingestellt. Damit wird der Satzung und den Anforderungen der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht hinsichtlich der Solvabilität in vollem Umfang entsprochen.

Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle

Gemäß § 26 RechVersV sind hier die Rückstellungen für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle, Rückgewährbeträge und Austrittsvergütungen ausgewiesen.

Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung

Die Rückstellung hat sich im Geschäftsjahr wie folgt entwickelt:

Stand am 1. Januar 2013	€	680.970,06
Entnahme für		
Tarif 1985 Erhöhung der Ansprüche	./.	€ 0,00
Tarif 2002 Erhöhung der Ansprüche	./.	€ 85.042,00
Tarif 2002 Z Erhöhung der Ansprüche	./.	€ 8.497,60
Tarif 2002 Z Forderungsausgleich	./.	€ 185.118,41
Tarif 2008 G Erhöhung der Ansprüche	./.	€ 59.954,00
Tarif 2008 Z Erhöhung der Ansprüche	./.	€ 5.817,00
Zuführung aus dem Jahresüberschuss des Geschäftsjahres	+	€ 65.000,00
Stand am 31. Dezember 2013	€	401.541,05

Eine Festlegung auf Zuteilung laufender Überschussanteile liegt zum Bilanzstichtag nicht vor.

Sonstige Rückstellungen

Die sonstigen Rückstellungen betreffen im Wesentlichen Rückstellungen für die Prüfung und Erstellung des Jahresabschlusses 2013, zu erwartende Kosten für die interne Revision und IT-Dienstleistungen sowie Prozesskostenrisiken.

Andere Verbindlichkeiten

Der Gesamtbetrag der Verbindlichkeiten mit einer Restlaufzeit von mehr als fünf Jahren beträgt T€ 333.

Die Höhe der durch ein Grundpfandrecht abgesicherten Verbindlichkeiten beträgt T€ 354.

Passive Rechnungsabgrenzungsposten

Der ausgewiesene Betrag resultiert aus Baukostenzuschüssen aus Fördermitteln für Wohnbauten.

3. Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Die verdienten Beiträge in Höhe von T€ 13.152 (Vorjahr T€ 13.109) gliedern sich in laufende Beiträge T€ 12.607 (Vorjahr T€ 12.655) und Einmalbeiträge von T€ 545 (Vorjahr T€ 454).

Die ausgewiesenen verdienten Beiträge resultieren, wie im Vorjahr, ausschließlich aus Verträgen mit Gewinnbeteiligung.

Zum Bilanzstichtag wurden außerplanmäßige Abschreibungen nach § 253 Abs. 3 Satz 3 HGB in Höhe von T€ 2.371 vorgenommen. Eine außerplanmäßige Abschreibung gemäß § 253 Abs. 3 Satz 4 HGB war nicht vorzunehmen.

4. Beteiligungsverhältnisse zum Bilanzstichtag gem. § 285 Nr. 11 HGB

Name und Sitz des Unternehmens	Eigenkapital (T€)	Anteil am Kapital (%)	Ergebnis (T€)
Philips PK Immobilien Beteiligungs GmbH, Hamburg	21	100,0	0,9 ¹⁾
Philips PK Immobilien I GmbH & Co. KG, Hamburg	28.780	100,0	935,1 ¹⁾
Aquila Sachwert-Basisfonds II S.A. - Erneuerbare Energien	57.411	26,7	1.161,1 ²⁾
LHI Green Infrastructure Invest I GmbH & Co. KG, Pullach	ohne Angabe	29,1	ohne Angabe ³⁾

1) Gem. vorliegenden Jahresabschluss 2013

2) Gem. vorliegenden Jahresabschluss aus 2012

3) Neu gegründete Gesellschaft. Der erste Jahresabschluss liegt noch nicht vor

Sonstige Angaben

Die Verwaltungskosten für den Tarif 1985 (inkl. des unter der Position Zahlungen für Versicherungsfälle ausgewiesenen Regulierungsaufwandes) werden mit Ausnahme der Kosten für die Vermögensanlage von den Mitglieds- und beteiligten Unternehmen getragen.

Zum Bilanzstichtag bestehen Einzahlungsverpflichtungen in Höhe von T€ 13.600 für bereits erfolgte Zusagen im Bereich der Beteiligungen sowie T€ 6.679 im Bereich der Investmentanteile.

Das Gesamthonorar für den Abschlussprüfer beträgt im Geschäftsjahr für die Abschlussprüfung T€ 33 (excl. Umsatzsteuer) und für sonstige Leistungen T€ 3.

Im Geschäftsjahr 2013 war der Aufsichtsrat ehrenamtlich tätig.

5. Aufsichtsrat und Vorstand

Aufsichtsrat

bis 31.12.2013	Hans-Joachim Kamp *, Vorsitzender	(Dipl.-Kaufmann)
ab 01.01.2014	Klaus Baumann *, Vorsitzender	(Dipl.-Kaufmann)
bis 26.06.2013	Günther Weber **, stellv. Vorsitzender	(Techniker)
ab 26.06.2013	Stefan Meyer **, stellv. Vorsitzender	(Techniker)
ab 26.06.2013	Günther Weber **	(Techniker)
bis 26.06.2013	Roland Kieseewetter **	(Techniker)
ab 26.06.2013	Friedrich-Karl Beckmann**	(Dipl.-Ing.)
bis 31.07.2013	Dr. Heinrich Kaiser *	(Jurist)
ab 01.08.2013	Catalin Krönert *	(Juristin)
bis 31.12.2013	Wolfgang Allers *	(Dipl.-Volkswirt)
ab 01.01.2014	Dr. Thomas Piehler *	(Jurist)

Vorstand:

Norbert Schulte-Mattler, Vorsitzender	(Dipl.-Kaufmann)
Gabriele Mazarin	(Dipl.-Mathematikerin)

* von den Unternehmen ernannt (Satzung der Philips Pensionskasse § 12 Nr. 2)
 ** durch die Vertreterversammlung gewählt (Satzung der Philips Pensionskasse § 12 Nr. 3)

Hamburg, 5. März 2014

Philips Pensionskasse (VVG)
 Der Vorstand

Norbert Schulte-Mattler

Gabriele Mazarin

Bericht des Aufsichtsrates

Der Aufsichtsrat kam im Laufe des Geschäftsjahres in regelmäßigen Abständen zur Erörterung der geschäftlichen Entwicklung und der Lage der Philips Pensionskasse mit dem Vorstand zusammen. Der Vorstand hat den Aufsichtsrat umfassend unterrichtet. Auch außerhalb dieser Sitzungen stand der Vorstand Mitgliedern des Aufsichtsrates jederzeit mit Auskünften zur Verfügung.

Die zum Abschlussprüfer bestellte BDO AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Hamburg, hat den Jahresabschluss und den Lagebericht für das Geschäftsjahr 1. Januar bis 31. Dezember 2013 geprüft und mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen. Der Aufsichtsrat hat von dem Prüfungsergebnis zustimmend Kenntnis genommen.

Dem uns vorgelegten Jahresabschluss und dem Lagebericht stimmen wir zu.

Hamburg, im April 2014

Philips Pensionskasse (VVG)
Der Aufsichtsrat

Klaus Baumann
- Vorsitzender -

Stefan Meyer
- stellv. Vorsitzender -

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss - bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang - unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Philips Pensionskasse (VVG), Hamburg, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2013 bis zum 31. Dezember 2013 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung liegen in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Hamburg, 7. März 2014

BDO AG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Volkmer
Wirtschaftsprüfer

ppa. Wysocki
Wirtschaftsprüfer

